

Pressekonferenz Appell an G20-Gipfel: „Zivilgesellschaft unter Druck – G20 müssen Demokratie und Menschenrechte stärker verteidigen“
3. Juli 2017, Bundespressekonferenz Berlin

Statement: Martin Bröckelmann-Simon, MISEREOR-Geschäftsführer

Sehr geehrte Damen und Herren,

Einschränkungen für zivilgesellschaftliches Engagement werden i.d.R. von staatlichen Akteuren betrieben – Regierungen, Sicherheitskräften, Militärs. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von wirtschaftlichen Interessen bei der Bedrohung derjenigen eingehen, die sich für den Schutz der Menschenrechte gerade der Schwachen einsetzen. Kurz gesagt, gilt gerade im Zusammenhang von Großprojekten im Energiesektor, beim Landraub im Kontext von Staudämmen oder großflächiger Agrarproduktion und bei Vertreibungen der Armen in den Städten in wachsendem Maße die Formel: „Wer sich dagegen engagiert, riskiert das Leben“. Polizei, Militär oder auch private Sicherheitskräfte gehen mit Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und Einschüchterungen gegen diejenigen vor, die Verstöße gegen nationale Gesetze sowie Umwelt- und Sozialstandards durch Investoren und Unternehmen anprangern und rechtliche Schritte vorbereiten. Menschen werden bedroht oder gar getötet, Umweltaktivist/-innen und Menschenrechtsverteidiger/-innen eingeschüchtert und kriminalisiert.

Ich könnte Ihnen viele Einzelfälle aus Afrika, Asien und Lateinamerika nennen, in denen wir außerordentlich besorgt um die Sicherheit unserer Projektpartner sind. So berichtet z.B. unsere Partnerorganisation Pensamiento y Acción Social (PAS) aktuell über eine sich zuspitzende Menschenrechtslage in der Kohlebergbauregion César in Kolumbien. Seit September 2016 sind drei Mitglieder von Gemeinden, die im Konflikt mit den Kohlebergbauunternehmen stehen, ermordet worden. Gezielte Bedrohungen und Einschüchterungsversuche gegen führende Gemeindemitglieder in der Region halten an. Und einmal mehr sind auch wir deutschen Konsumenten ein Teil des Puzzles, da etwa EnBW und an-

dere deutsche Energieproduzenten Kohle aus genau dieser Region für den deutschen Markt beziehen.

Die Bundesregierung muss sich daher im Kontext von EU und von G20 dafür einsetzen, dass bedrohte Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger unterstützt und z.B. durch vereinfachte beschleunigte Visavergabe auch international geschützt werden können. Zugleich müssen strukturelle Antworten für den Schutz der Rechte gerade der Schwachen gefunden werden: eine an internationalen Normen orientierte Handels- und Investitionspolitik, die Menschenrechten Vorrang vor Gewinnerwartungen der Investoren einräumt. Das bedeutet, dass die Konsultations- und Mitbestimmungsrechte bei Großprojekten gestärkt und nicht geschwächt werden – und dass ihre Missachtung geahndet und geächtet wird. Das bedeutet ebenso, dass menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen mit Blick auf ihre Auslandsgeschäfte auch gesetzlich verankert werden und den Betroffenen von Menschenrechtsverstößen der Zugang zu Gerichten erleichtert wird. Kohärenz ist das Gebot der Stunde: Politikfelder wie Handel, Wirtschaft, Entwicklung, oder Sicherheit dürfen Menschenrechte und zivilgesellschaftliches Engagement nicht beeinträchtigen oder ihnen gar schaden. Menschenrechte und die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements sollten daher Fundament und Fokus jeglichen politischen Handelns der Bundesregierung sein.

Es braucht vor Ort eine aktive und lebendige Zivilgesellschaft, die die Wirtschaftsunternehmen und die Staaten immer wieder an die Einhaltung der Menschenrechte und ihre Verantwortung für die Bevölkerung erinnert. Viele unserer Partner tun dies tagtäglich und mutig – und riskieren dabei viel. Für uns ist das auch Verpflichtung, uns hier in Deutschland und Europa, für ihre Freiheit, ihren Schutz und die Möglichkeit ihres Einsatzes einzusetzen.

Wir erwarten also von der jetzigen wie der kommenden Bundesregierung, dass sie zivilgesellschaftlichen Raum weltweit und in internationalen Organisationen, Foren und Verhandlungsprozessen verteidigt und dass sie sich diesem Thema verstärkt auf EU- und UN-Ebene widmet.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit